



SEPTEMBER 2015



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

GERNE INFORMIEREN WIR SIE MIT DER CITY•AKTUELL FÜR CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF ÜBER WICHTIGE THEMEN UNSERES BEZIRKS UND FREUEN UNS DARAUF, ÜBER DIE INHALTE MIT IHNEN INS GESPRÄCH ZU KOMMEN.

Unser Bezirk stellt sich den Herausforderungen, die die große Anzahl von Flüchtlingen für Berlin mit sich bringt. Das uns nicht mehr gehörende ehemalige Rathaus Wilmersdorf steht seit kurzer Zeit zur Unterbringung zur Verfügung. Wichtig ist, dass wir die bei uns Schutz suchenden Menschen auch in diesem Teil unseres Bezirkes willkommen heißen. Bei seinem Besuch des Rathaus Wilmersdorf am 26.08. lobte Bundespräsident Gauck die ehrenamtliche Hilfe der Bürgerinnen und Bürger an diesem Standort als leuchtendes Beispiel. Wörtlich sagte er: „Es gibt ein helles Deutschland, das sich hier leuchtend darstellt.“

Ein Verwaltungsgebäude darf zur Unterbringung von Menschen sicher keine Dauer-, sondern nur eine Über-

gangslösung sein und das Ehrenamt entlässt die Politik nicht aus der Verantwortung, für die notwendige Infrastruktur zu sorgen.

Die Diskussion um den Erhalt der Kleingartenkolonie Oeynhausens, beschäftigt uns nach wie vor. Die CDU-Fraktion hat den Auftrag des erfolgreichen Bürgerbegehrens, Ihren Auftrag, angenommen und setzt sich für den Erhalt, der nach unserer Auffassung möglich ist, ein.

Den immensen Schatz an Park- und Grünanlagen in Charlottenburg-Wilmersdorf gilt es zu pflegen. Dieses von Ihnen immer wieder an uns herangetragene berechtigte Anliegen, wird von uns beständig in der BVV und den Ausschüssen zur Sprache gebracht. Mit in diesen Bereich gehört der Olivaer Platz. Hier ist es uns gemeinsam mit Ihnen gelungen, nach Jahren kontroverser Diskus-

sion, die Beteiligten nochmals an einen Tisch zu holen und ein Kompromiss, der den Platz für alle Nutzerinnen und Nutzer attraktiv machen kann, scheint in Reichweite zu sein.

Die anstehenden Haushaltsberatungen für die Jahre 2016/17 lassen auch diesmal wenig Spielraum, obwohl durch die Beteiligung der CDU an der Landesregierung ein Umdenken stattgefunden hat und mehr Geld in die Bezirke fließt. Von einer wirklich auskömmlichen Finanzierung sind wir noch weit entfernt. Aber auch diesen wenigen Spielraum werden wir nutzen und uns beispielsweise für eine verlässliche Finanzierung des Ferienschwimmens einsetzen, ebenso für eine Erhöhung des Medientats, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Mit herzlichen Grüßen
Susanne Klose

Fraktionsvorsitzende
der CDU-Fraktion
Charlottenburg-Wilmersdorf

AUS DEM INHALT

SEITE 2

NOTUNTERKUNFT IM
RATHAUS WILMERSDORF

SEITE 3

SITUATION BEI DEN BÜR-
GERÄMTERN UND IN DER
KFZ-ZULASSUNGSSTELLE

SEITE 4

OEYNHAUSEN –
SCHRITT FÜR SCHRITT

SEITE 5

JUGEND WIEDER VOR!

SEITE 6

HAUSHALTSPLAN 2016/17 –
FRAKTIONS-VORSITZENDE
SUSANNE KLOSE IM GE-
SPRÄCH

SEITE 7

NEUES AUS DER BEZIRKSVER-
ORDNETENVERSAMMLUNG

SEITE 9

BUND FÖRdert EINBRUCH-
SICHERUNG MIT 30 MILLIO-
NEN EURO

ERÖFFNUNG
DES 2. CAFÉ WAHLKREIS

SEITE 11

DAS ICC – UND NOCH
IMMER KEIN ENDE IN SICHT



DIPLOM-FINANZWIRT
THILO PETER
STEUERBERATER

Hohenzollerndamm 40
(Ecke Konstanzer Straße)
10713 Berlin-Wilmersdorf

Phone +49 (0)30. 88 55 01 18
Fax +49 (0)30. 88 55 01 17
www.steuerberater-peter-berlin.de

BERLINER NETZWERK
INNERE SICHERHEIT

e.V.

Sicherheit geht ALLE etwas an. Infos unter Berliner-NIS.de

NOTUNTERKUNFT IM RATHAUS WILMERSDORF

Wir erinnern uns: Das Rathaus Wilmersdorf, ehemals Sitz der Bezirksverordnetenversammlung des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf und Verwaltungsgebäude, musste zum Ende des letzten Jahres aus wirtschaftlichen Gründen vom Bezirk aufgegeben werden.

Nachdem immer mehr Schutz suchende Menschen nach Berlin kommen und Unterkünfte dringend geschaffen werden müssen, werden nun auch im Moment leer stehende Verwaltungsgebäude als Unterkünfte für Flüchtlinge genutzt. So auch seit

dem 14. August das Rathaus Wilmersdorf als Notunterkunft. Mit einem beispiellosen Engagement von Ehrenamtlichen und einer hervorragenden Arbeit durch den Arbeitersamarter Bund wurde das Verwaltungsgebäude so gut es geht für die Menschen hergerichtet und diese dort will-

kommen geheißen. Seit dem sind viele Bürger täglich vor Ort aktiv, um Hilfe zu leisten. Bei einer Informationsveranstaltung in der Wilmersdorfer Auenkirche wurde deutlich, dass ohne die Hilfe der vielen Ehrenamtlichen die schnelle Herichtung des Gebäudes und die tägliche Versorgung der

Anwohner muss vorab erfolgen und nicht so wie es mittlerweile zur Regel wird im Nachhinein. Anerkennungsverfahren müssen beschleunigt werden, um den Menschen eine Perspektive und Klarheit zu geben, denn nichts ist schlimmer als Ungewissheit. Für diejenigen, die keine Chance haben auf

jetzt bei uns leben ist über die akute Ersthilfe hinaus es nun aber wichtig, die notwendige Infrastruktur zur Versorgung und Integration zu schaffen. Dazu gehören medizinische Versorgung, Betreuungs-/Beschäftigungsangebote für die Kinder und Deutschkurse, um nur drei Beispiele zu nen-

nen. Charlottenburg-Wilmersdorf ist bisher der Bezirk, der die meisten Sprachkurse für Flüchtlinge anbietet. Damit dies auch so bleibt, hat die CDU-Fraktion einen Antrag unterstützt, der vom Land Berlin die Finanzierung einer weiteren Stelle für Deutsch-

Foto: Bodo Kubrak



Flüchtlinge so nicht möglich wäre. Dafür sei allen vor Ort Engagierten herzlich gedankt.

Klar muss aber auch sein, dass ein Verwaltungsgebäude zur Unterbringung von Menschen nur eine vorübergehende Lösung sein kann. Die Information der Anwohnerinnen und

Anerkennung als Asylsuchende müssen Lösungen bereits in ihren Heimatländern gefunden werden, um zu verhindern, dass sie ihr letztes Hab und Gut für eine aussichtslose Reise weggeben. In dieser Frage ist letztendlich der Bund gefordert.

Für die Menschen, die

Volkshochschule fordert. Zusätzlich hat die zuständige Stadträtin Dagmar König (CDU) eine Kooperationsvereinbarung mit dem evangelischen Kirchenkreis abgeschlossen. Der Kirchenkreis stellt dem Bezirk Räume für den Sprachunterricht zur Verfügung und der Bezirk das Personal.

Gastbeitrag des Staatssekretärs für Inneres und Sport Andreas Statzkowski

SITUATION BEI DEN BÜRGERÄMTERN UND IN DER KFZ-ZULASSUNGSSTELLE

Braucht ein Berliner/ eine Berlinerin einen Termin bei den KfZ-Zulassungsstellen bzw. bei einem bezirklichen Bürgeramt muss er sich zurzeit auf einen längeren Zeitraum einstellen, bis er den Termin bekommt. Grundsätzlich haben sich die Zugangsmöglichkeiten für die Bevölkerung in den letzten Jahren deutlich verbessert.

Über die Serviceseite des Landes Berlin (www.service-berlin.de) oder die Servicenummer 115 kann der Bürger sich informieren und auch Termine bei den Ämtern buchen. Außerdem sind inzwischen rund 70 Dienstleistungen der Berliner Verwaltung online verfügbar, teilweise auch medienbruchfrei.

Eigentlich sollten lange Wartezeiten auf Ämtern der Vergangenheit angehören. Leider ist das nicht die Realität. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst Berlins aus finanziellen Gründen halbiert worden (von ca. 200 000 auf ca. 100 000). Seit einigen Jahren wächst die Berliner Bevölkerung um fast 50 000 Personen jährlich. Die Fallzahlen in den Behörden nehmen rasant zu, das Personal ist bis zum letzten Jahr weiter abgebaut worden.

In den KfZ-Zulassungsstellen ist inzwischen massiv gegengesteuert worden.

Während im letzten Jahr 210 Stellen an den zwei Standorten tätig waren, werden in den kommenden Wochen 244 Stellen besetzt sein. Damit werden mehr Mitarbeiter dort tätig sein als noch vor sechs Jahren! Außerdem wurden Maßnahmen ergriffen um professionellen Terminhändlern das Handwerk zu legen. Bei Aufgabe von Terminen werde diese nicht mehr online gestellt, sondern über eine Telefonhotline (Tel.: 9 0 2 6 9 - 3300) vergeben. Die Situation bei den KfZ-Zulassungsstellen dürfte sich in den kommenden Monaten entspannen.

Schwieriger ist die Situation bei den Bürgerämtern. Im Dezember hatten sich die zuständigen Bezirke, die Senatsinnenverwaltung und die Senatsfinanzverwaltung auf einen Maßnahmenkatalog von 25 Punkten verständigt und 31 zusätzliche Stellen bewilligt. Neun Monate später sind erst 17,5 der 31 Stellen durch die Berliner Bezirke besetzt. Eine Möglichkeit des Senats die Bezirke zu

einer zügigen Besetzung der Stellen zu bringen, besteht nach den Gesetzen Berlins nicht! Charlottenburg-Wilmersdorf ist hier Vorbild: Der zuständigen Stadträtin Dagmar König (CDU) ist es gelungen durch die Übernahme von Auszubildenden die dem Bezirk zustehenden 5 Stellen zu besetzen. Außerdem werden zunehmend wichtige Eckpunkte der Bürgerämter von Bezirken in Frage gestellt

rätesitzung ist anberaunt.

Notfallkunden müssen auch zeitnah und bezirksunabhängig in den Bürgerämtern versorgt werden! Wer als Notfallkunde zu bezeichnen ist, ist definiert. Voraussetzung sind erhebliche persönliche Nachteile (z.B. die Annahme eines Jobs, eine gebuchte Auslandsreise).

Parallel wird auch daran gearbeitet, noch mehr Verwaltungsangebote online zu realisieren. Um Hürden wie die elektronische Unterschrift zu umgehen, hat der Berliner Senat beschlossen, alle 1350 bestehenden Berliner Gesetze und Verordnungen zu überprüfen, inwieweit auf Unterschriften verzichtet werden kann. Außerdem beabsichtigt der



Senat die Einrichtung von Servicekonten, die nach einmaliger Identitätsüberprüfung Unterschriften im Netz ersetzen sollen, um damit den Bürgern die Möglichkeit zu geben, deutlich mehr Verwaltungsvorgänge als bisher im Netz möglichst medienbruchfrei abwickeln zu können und das, ohne einen Termin beim Bürgeramt bekommen zu müssen.

OEYNHAUSEN – SCHRITT FÜR SCHRITT

In ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause hat die Mehrheit der BVV gegen die Stimmen der SPD und der Grünen, die sich maximal teilweise zur Enthaltung durchringen konnten, den Antrag der CDU und der Piraten zur Einbringung und Festsetzung des Bebauungsplans IX-205a zur Kolonie Oeynhausen beschlossen.

Das Bezirksamt wird ebenso aufgefordert, die Beanstandung des Beschlusses der BVV über die Rechtsverordnung einer Veränderungssperre vom 8. Juli 2014 zurückzunehmen und diese zur Sicherung der Planung umgehend zu erlassen. In der Theorie sollte es jetzt also weitergehen, denn die Veränderungssperre würde den rechtlich möglichen Aufschub bringen, um den Bebauungsplan zu überarbeiten und zur Festsetzung zu bringen.

Der zuständige Stadt-

rat Schulte von der SPD hatte daraufhin nichts besseres zu bieten, als den Beschlussvorschlag ins Bezirksamt einzubringen, die weitere Bearbeitung der völlig fachfremden Abteilung für

aus der Verantwortung zu nehmen. Welch Zufall, dass Bezirksbürgermeister Naumann – mal wieder?! – im Urlaub oder auf Dienstreise weilte und welcher weiterer Zufall, dass die vorgesehene

heftig hinterfragen. Niemand verkennt die besondere Verantwortung und auch Haftung von Bezirksstadträten, wenn sie Rechtsverordnungen oder generell Beschlüsse in Kraft setzen. Aber die



Foto: Theres Hertel

Bürgerdienste, Weiterbildung, Kultur, Hochbau und Immobilien der Stadträtin Dagmar König (CDU) übertragen zu wollen und sich damit selber

Stadträtin der CDU angehört.

Warum dann auch noch der B-Plan durch eine externe Anwaltskanzlei erarbeitet werden soll und nicht durch das sonst zuständige Stadtentwicklungsamt, ist ebenso schleierhaft. Völlig zu Recht haben die beiden Mitglieder des Bezirksamtes der CDU den Beschluss auf die erste Sitzung nach der Sommerpause vertagt, wenn das Bezirksamt in Gänze anwesend ist.

Wer sich auf diese einfache Art aus der Verantwortung nehmen will, sollte sein Handeln er-

zuständige Abteilung für Stadtentwicklung sollte dennoch in der Lage sein und im Zweifelsfall sollte der zuständige Stadtrat dafür Sorge tragen, die fachlich kundige Umsetzung durch das Stadtentwicklungsamt erledigen zu lassen.

Alles andere ist durchsichtiges politisches Spiel, das dem Thema nicht gerecht wird.

Die CDU kämpft dafür, dass der Beschluss der BVV umgesetzt und der B-Plan erlassen wird, damit die Kolonie Oeynhausen gesichert ist. Daran hat sich nichts geändert!



Freizeit in Stereo.

Wöchentlich mehr als 200 Stunden Freizeit, Fitness & Fun

Am besten, Sie buchen noch heute!

Gesellschaftstanz für alle Alters -und Leistungsklassen

- | | |
|-----------------------------|------------------------------|
| - Hochzeits- und Crashkurse | - Videoclip-Dancing/ Hip Hop |
| - Discofox | - Discodance |
| - Salsa/Merengue/Bachata | - Tango Argentino |
| - Rock'n'Roll/Swing | - Jazz-/Musical-Dance |
| - Flamenco | - Kindertanz |
| - Bauchtanz | - Seniorentanz |
| - Ballett/Gymnastik/Aerobic | - Das Tanzschuljahr |

Jeden Monat neue Grundkurse - Gemütliche Gastronomie
- Raumvermietung - Veranstaltungen

Askanierring 155 - 13585 Berlin - www.tanzschule-broadway.de
info@tanzschule-broadway.de - Telefon 030/375 20 20 - Telefax 030/375 95 803

„DURCH VERWALTUNGSHANDELN ERLEDIGT!“

Eine besonders effiziente Art von Verwaltungsreform scheint sich in den vergangenen Jahren im SPD-geführten Ressort Stadtentwicklung und Ordnungsangelegenheiten unseres Bezirks durchzusetzen: Nicht ganz ohne Selbstzufriedenheit wird immer häufiger durch den Stadtrat verkündet, man habe sich mit den Anträgen der Bezirksverordneten und damit den Anregungen der Bürger befasst und die Angelegenheit damit durch Verwaltungshandeln erledigt.

Scheinbar spielt es dabei aber inzwischen keine Rolle mehr, ob Probleme wie z.

B. das verkehrsgefährdende Parken und Halten von Kraftfahrzeugen, das rücksichtslose Radfahren auf dem Gehweg oder die Verschmutzung öffentlichen Geländes tatsächlich verhindert werden, der „Erledigungsvermerk“ ist offenkundig lediglich Ausdruck der Hilflosigkeit des zuständigen Bezirksstadtrates bei der Bewältigung seiner Aufgaben.

Umso ärgerlicher ist es, wenn sich dringend notwendige und unstrittige Maßnahmen wie die bereits seit über zwei Jahren von Ortsansässigen, Bezirksverordneten und anderen Sachkundigen geforderte Schaffung eines

Fußgängerüberweges über die Auguste-Viktoria-Straße in Schmargendorf aufgrund bürokratischer Ignoranz jahrelang verzögern. Aufgrund der Aussage von Stadtrat Marc Schulte (SPD) im September 2013, für den Überweg laufe bereits die Planung und es werde umgehend mit der Errichtung begonnen, entsprechen die Bezirksverordneten damals seiner Bitte, die Angelegenheit als „durch Verwaltungshandeln“ erledigt zu betrachten – geschehen ist bis heute nichts!

Der Stadtrat verweist auf die Verkehrslenkung Berlin, die dem Vorhaben seiner Aussage nach erst noch zu-

stimmen muss. Warum diese Zustimmung noch nicht erfolgt ist? – man weiß es nicht! Vielleicht sollte Herr Schulte sich bei der Suche nach dem „Schwarzen Peter“ ja einmal an den „Roten Christian“ wenden und mittels eines direkten Anrufes bei seinem Parteigenossen und Staatssekretär Gaebler (ggf. Tel.: 9025-1010), der für die Verkehrslenkung Berlin verantwortlich ist, um tatsächliche Erledigung bemühen! Die VLB wirbt übrigens mit dem Leitmotiv: „Sichere Mobilität in Berlin für alle Verkehrsteilnehmer“. Es wäre längst an der Zeit, die Wirklichkeit dem Versprechen anzupassen!

JUGEND WIEDER VOR!

Unsere Fraktion ist bei den verständigen Bürgern geschätzt dafür, dass sie Basisinitiativen bereitwillig aufnimmt und für Durchführung sorgt.

So waren wir, kaum dass das Kinder- und Jugendparlament im Bezirk die freigewordene Unterkunft des Grünflächenamts am Ruhwaldpark ins Gespräch brachte, schon da, um uns die Anlage von den Gärtnern zeigen zu lassen.

Seitdem (Frühjahr 2014) ist die CDU-Fraktion mit einem halben Dutzend Ortsterminen und zahlreichen Ausschusssitzungen tätig, um den Kindern und Jugendli-

chen durch die Mühlen des Bezirksamts zu helfen.

Im August konnten wir einen Freien Träger der Jugendarbeit anlässlich des Interessenbekundungsverfahrens auf dem Terrain informieren. Am 31. August steht das Thema Ruhwald als einzige Sachfrage auf der Tagesordnung der außerordentlichen BVV-Sitzung.

Jetzt kann mit geringen Kosten endlich ein Jugendfreizeitheim entstehen, das die damals von Reinhard Naumann (SPD) geschlossene Soorstraße ersetzt.

Die Jugend wird selbst aktiv! Eine bessere Sache kann man gar nicht unterstützen.



Jetzt Standheizung nachrüsten!

(Pr)Eiszeit.
Jetzt bis zu € 250,- Preisvorteil sichern.*

standheizung.de 

* Aktionszeitraum: 01.07. – 30.09.2015. Aktionsbedingungen bei teilnehmenden Händlern oder unter standheizung.de/sommeraktion.

Bosch-Service Holtz
Dovestraße 7
10587 Berlin-Charlottenburg
Tel: 030-3917854

HAUSHALTSPLAN 2016/17 – FRAKTIONSVORSITZENDE SUSANNE KLOSE IM GESPRÄCH

Frau Klose, die jahrelang oft willkürlich anmutende Sparpolitik unter Rot-Rot hat die Bezirke personell an den Rand der Handlungsunfähigkeit gebracht und bei der Infrastruktur zu Verschleißerscheinungen geführt, die uns jetzt teuer zu stehen kommen.

Wie sehen Sie heute, vor dem Doppelhaushalt 2016/17, die Situation in den Bezirken;

werden Spielplätze nicht ausreichend saniert oder müssen sogar abgebaut werden. Auch haben wir zu wenige Sportanlagen im Bezirk. Diese rot-roten Scherben müssen wir jetzt beseitigen, aber das kann dauern. Wir beginnen gegenzusteuern, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Stadt und Bezirk wachsen. Das führt zu höheren Kosten bei Personal und Investitionen.

bereit die Zahl von 100.000 Mitarbeitern zu überdenken. Deswegen brauchen wir einen Personalentwicklungsplan. Viele Erfahrene verlassen uns nach und nach, der Wissenstransfer zur jüngeren Generation ist daher umso wichtiger. Über kurze Zeit werden deshalb Stellen doppelt besetzt, also mit einem älteren Mitarbeiter und einem neuen, der eingearbeitet wird. Auch

rund 300 neue Stellen für die Bezirke zu schaffen. Reicht das aus?

Nein, das reicht nicht, dafür war der Abbau zu stark. Werden 300 neue Stellen auf 12 Bezirke verteilt, ist das pro Bezirk auch nicht mehr so viel. Die Bezirke sollen immer mehr Aufgaben übernehmen, haben dafür aber immer weniger Personal zur Verfügung. Insbesondere in den Bürgerämtern, den Bibliotheken und den Musikschulen besteht großer Mangel an Personal. Gerade in den Bildungseinrichtungen, die für breite Bevölkerungsschichten zugänglich sein sollen, darf das nicht sein. Eigentlich bräuhete jeder Bezirk 300 neue Stellen.

Auch bei Schulen, Kitas, Kultur- und Sporteinrichtungen (z.B. bei den Bädern) will das Land mehr Geld für die Bezirke ausgeben. Inwieweit lassen sich mit diesen neuen Mitteln die Probleme in ChaWi lösen?

Die Probleme lassen sich nicht lösen, aber lindern. Auch in ChaWi gibt es ein Defizit an Kitaplätzen, da sind dringend Investitionen nötig. Jetzt rächt sich, dass der Bezirk mit seinen Grundstücken sozusagen sein Tafelsilber verkauft hat. Auch bei Schulen gibt es einen enormen Rückstau, teilweise sind sogar die Fenster undicht. Dieser Stau wird noch über Jahre bestehen und kann nur langsam



insbesondere in Charlottenburg-Wilmersdorf?

In allen Bezirken, insbesondere hier, hat diese Sparpolitik viel kaputt gemacht. Zurückgefallen sind die Leistungen an die Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel bei den Bürgerämtern. Dort herrscht ein großer Mangel an Mitarbeitern, außerdem

Gleichzeitig muss der durch das Kaputtsparen entstandene Investitions-Rückstau gemildert werden. Wie soll dieses Kunststück gelingen?

Der Senat geht einen Schritt in die richtige Richtung mit der Mittelerhöhung. Das ist auch ein Signal an das Personal, dass die Bezirke wieder wichtig werden. Die CDU ist

im Rathaus Charlottenburg gibt es einige solcher Stellen. Gerade Posten im Leitungsbereich bieten sich dafür an. Insgesamt brauchen die Bezirke aber mehr Personal und Sachmittel.

Nach den Eckdaten für den Doppelhaushalt 2016/17 will das Land Berlin die höheren Einnahmen auch nutzen, um

abgebaut werden. Auch die Sporteinrichtungen kommen zu kurz. Seit Jahrzehnten ist eine neue Doppelsporthalle geplant in der Eisenbahnstraße, doch es fehlt das Geld. Wir hoffen, den Rückstau nach und nach abarbeiten zu können.

Der Investitionsetat sieht nur noch zwei Großprojekte vor. Im Doppelhaushalt 2016/17 sind das der BER und die Staatsoper. Die wohl mehrere hundert Millionen Euro teure Teilsanierung des ICC wird somit auf den nächsten Doppelhaushalt verschoben. Können Sie damit leben?

Eher schlecht. Aber das allerwichtigste ist, dass auch die SPD sich langsam zum Erhalt des ICC bekennt. Ich hoffe,

dass der Regierende Bürgermeister das auch durchsetzen kann und wir das Projekt zügig in Angriff nehmen. Das ICC wird als Kongresszentrum gebraucht. Die Weichen dazu stellen wir.

Die Situation für die Bezirke hat sich seit der rot-schwarzen Koalition sichtbar verbessert. Wären die Eckdaten für den neuen Haushalt dennoch deutlich anders gesetzt worden, wenn die CDU als großer Koalitionspartner in der Landesregierung wäre?

Das ist schwer zu sagen. Wahrscheinlich wären einige Schwerpunkte verschoben, aber erst mal muss man ja auch mit dem leben, was man übernimmt. Und die SPD muss jetzt reparieren, was

sie vorher selbst verschuldet hat. Dank der CDU gab es eine Kehrtwende, nur so etwas geht nicht von heute auf morgen. Aber wir bleiben da dran.

Angesichts knapper Mittel ist der Gestaltungsspielraum für Bezirkspolitik eher gering. Was ist für die CDU-Fraktion das über allem stehende Ziel ihrer Politik in Charlottenburg-Wilmersdorf?

Unser Ziel ist, dass die Bürgerinnen und Bürger möglichst wenig unter dem Spardruck und den früheren Versäumnissen leiden. Die CDU ist zwar stärkste Fraktion im Bezirk, aber nicht an der rot-grünen Zählgemeinschaft beteiligt und hat es deshalb manchmal schwer,

eigene Projekte umzusetzen. Aber wir wollen zum Beispiel das Ferienschwimmen erhalten, dazu ist endlich eine verlässliche Finanzierung nötig. Dafür machen wir uns stark. Außerdem wünschen wir uns eine Erhöhung des Mediennetzes für die Bibliotheken. Auch die Einbürgerungsfeiern werden inzwischen wieder dem Anlass entsprechend ausgerichtet. Ein weiteres Anliegen ist die Sanierung der Spielplätze. Wir müssen insgesamt aber darauf achten, dass es tatsächlich zu einer Strukturveränderung kommt und rot-grün die Mittel nicht wieder nach dem Gießkannenprinzip verteilt.

Das Interview führte Ann-Carolinn Specht.

NEUES AUS DER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG

KOORDINIERTER FLÜCHTLINGSARBEIT UNTERSTÜTZEN

Die CDU-Fraktion hat sich in einem Antrag erfolgreich dafür eingesetzt, dass die beiden Stellen, die das Land Berlin dem Bezirk zur Koordinierung der Arbeit mit Flüchtlingen zur Verfügung stellt zum einen im Bereich der Koordinierung der Ehrenamtsarbeit und zum anderen zur Koordinierung der Beschulung von Flüchtlingskindern angesiedelt werden. Beide Bereiche bedürfen aus Sicht der CDU der Unterstützung, um weiterhin erfolgreich arbeiten zu können. Im Sinne der Integration und der gegenseitigen Akzeptanz sind die Ehrenamtsarbeit und die Beschulung der Kinder die wichtigsten Aspekte.

MEHR SENIORENGERECHTES WOHNEN IN CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

Bezahlbarer Wohnraum ist rar. Noch schwieriger solchen zu finden, wird es aber, wenn eine altersgerecht gebaute Wohnung notwendig ist. Die CDU-Fraktion hat deshalb in einem Antrag das Bezirksamt aufgefordert darüber nachzudenken, wie in unserem Bezirk mehr seniorenrechtliche Wohnungen errichtet werden können. Dazu soll insbesondere die bezirkliche Liegenschaftspolitik neu gedacht werden und Grundstücke, die der Bezirk gedenkt aufzugeben, auf ihre Tauglichkeit als Baugrundstücke für Seniorenwohnungen geprüft werden.

SPORTANLAGENSANIERUNGSPROGRAMM (SSP) AUFSTOCKEN

Das Sportanlagensanierungsprogramm ist ein wichtiger Baustein für den Erhalt der bezirklichen Sportanlagen. Jedoch ist der Sanierungsstau durch jahrelange Kürzungen der finanziellen Zuweisungen unter Verantwortung der vorherigen Regierungskoalition stark gewachsen, Investitionen wurden für die Bezirke unmöglich. Funktionierende Sportstätten sind sowohl unerlässlich für die Kinder- und Jugendarbeit als auch für die Gesundheitsprävention aller Altersgruppen. Die CDU-Fraktion hat deshalb einen Antrag eingebracht, der die Aufstockung der Mittel des SSP von 9 Mill € auf 18 Mill. € fordert.

BAUSTELLENAUFSICHT VERBESSERN

Die CDU-Fraktion hat einen Antrag anderer Fraktionen unterstützt, der eine Verbesserung der Baustellenaufsicht fordert. Baustellenaktivitäten sind notwendig, Investitionen und Verbesserungen gewünscht. Kurz gesagt, soviel Bau wie nötig, so wenig Einschränkung wie möglich. An erster Stelle müssen bei der Einrichtung der Baustelle die Sicherheit der Fußgänger und die möglichst größte Barrierefreiheit stehen. Der zweite Punkt ist, eine unnötige Vergrößerung von Baustellen zu unterbinden und auf die Einhaltung der Bauzeiten zu achten.

OLIVAER PLATZ- WIE GEHEN WIR MIT DEM BÜRGER UM?

ERKENNTNISSE AUS DEM RUNDEN TISCH /

DER RUNDE TISCH OLIVAER PLATZ HAT IM FRÜHSOMMER MEHRMALS GETAGT

Wir erinnern uns: Die rot-grüne Mehrheit wollte bis dato nach Beschlusslage mittels eines Bebauungsplanes sämtliche jetzt noch vorhandenen 120 Parkplätze wegfallen lassen, die Grünfläche mit starker Versiegelung umgestalten und die angrenzenden Straßen teilweise umbauen. Dagegen waren knapp 800 Einwendungen eingegangen. Die Bürger forderten in einem Einwohnerantrag sämtliche vorhandene Parkplätze, Bäume und Gehölze zu erhalten und die Umgestaltung der Grünanlage komplett zu überdenken. Die CDU war der Meinung, dass man vorher keine Fakten schaffen sollte, auch nicht durch schon im Gang befindliche Fahrbahnveränderungen und die Parkplätze weitestgehend erhalten werden müssten.

Dies ist nun im Rahmen dreier Runder Tische erfolgt. Unter Beteiligung der beiden

Bürgerinitiativen, der IHK und der AG City und anderer Betroffener ist ein Kompromiss formuliert worden, in dem sich alle wiederfinden können und auf dessen Grundlage die weitere Planung stattfinden soll. Der Landschaftsarchitekt zeigte sich dabei komplett offen und hat uns allen einen großen Dienst erwiesen, indem er seine Planung nach den im ersten Runden Tisch geäußerten Wünschen angepasst hat. Klar ist, dass ein inklusiver Spielplatz ausreichend und kindergerechte Fläche haben muss. Ebenso sollen auf einer multifunktionalen Fläche im Ostteil des Platzes an der Württembergischen Straße 60 Parkplätze erhalten bleiben. Aber eben auf einer multifunktionalen Fläche, auf der gelegentlich auch Straßen-

festen oder ein Wochenmarkt oder vielfältige Ideen umsetzbar sind. Vorrangig soll die Parkplatznutzung sein, aber alle Anschlüsse, zum Beispiel auch für Elektrofahrzeuge sollen von Anfang an mitgeplant werden. Damit erreichen wir, dass der Parkdruck zumindest nicht unverhältnismäßig steigt, gleichzeitig eine innovative



Foto: Peter Kuley

Fläche gewonnen wird und der Spielplatz - räumlich von den Autos getrennt - ebenso seinen wichtigen Platz findet. Im Ergebnis ein Erfolg, da nach rot-grüner Lesart radikal alle Parkplätze weggefallen wären. Die neue Durchwegung zur Schlüterstrasse quer über den

Platz trennt die Multifunktionsfläche von der Grünfläche. Schon vorhandene Elemente wie die Pergola im westlichen Teil am jetzigen Kiosk, dem späteren neuen Café sollen erhalten, Teile der vorhandenen Mauer sollen auf Hüfthöhe verringert werden. Dass der gesamte Platz zukünftig barrierefrei sein soll, war ohnehin Konsens. Die weiteren Beratungen sollen zukünftig im Stadtentwicklungsausschuss unter Beteiligung der Akteure des Runden Tisches stattfinden, um Reibungsverluste zu minimieren. Wer jetzt noch auf Maximalforderungen besteht, hat den Sinn des Runden Tisches nicht verstanden, der alle Interessen zu einem gemeinsamen Ziel zusammen führen wollte. Die CDU dankt allen für ihre konstruktive Mitarbeit und wird den Prozess weiterhin aufmerksam und aktiv mitgestalten. Denn jetzt geht die Feinjustierung los.

Gastbeitrag des Staatssekretärs für Inneres und Sport Andreas Statzkowski

ORDNUNGSÄMTER SIND ONLINE NUTZBAR!

Seit dem 17. August sind die Ordnungsämter der Bezirke online erreichbar. Als erster Bezirk hat der Bezirk Lichtenberg verkündet, dass man die neue Software einsetzt. Charlottenburg-Wilmersdorf soll voraussichtlich ab 1. Oktober dann ebenfalls online gehen.

Für 1,3 Millionen Euro hat der Berliner Senat eine neue Software entwickelt, bei der die Bürger den bezirklichen Ordnungsämtern Missstände online melden können. Der zuständige Staatssekretär Andreas Statzkowski freut sich über die nahezu punktliche Fertigstellung der Software, weil wohl

jede Berlinerin, jeder Berliner sich bereits über Probleme auf dem öffentlichen Straßenland geärgert hat: Müllberge, defekte Straßenlaternen, Baustellen, auf denen sich seit Monaten nichts tut und vieles mehr. Per Schnittstellen werden auch die anderen Behörden z.T. direkt informiert. Jetzt

kann jeder online per Stadtplan und ggf. per Foto die Probleme dem Ordnungsamt melden und sich später ggf. erkundigen, inwieweit das Problem beseitigt werden konnte.

Ein großer Schritt hin zu einem noch schöneren Berlin und einem mehr an bürgerschaftlichen Engagement.

Gastbeitrag von Klaus-Dieter Gröhler, Wahlkreisabgeordneter von Charlottenburg-Wilmersdorf

BUND FÖRdert EINBRUCHSICHERUNG MIT 30 MILLIONEN EURO

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat auf Betreiben der CDU / CSU-Fraktion für private Maßnahmen zum Einbruchschutz bei Wohnungen und Einfamilienhäusern ein 30 Mio. €-Programm beschlossen.

Charlottenburg-Wilmersdorf gehört mit zu den Orten in Deutschland, die besonders

unter Einbruchskriminalität leiden. Hintergrund hierfür ist besonders der hohe Anteil an leicht aufzubrechenden Altbau-Wohnungstüren. Allein 2014 fanden in Berlin rund 13.000 Wohnungs-

einbrüche statt; die meisten davon in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf und Mitte. Bereits 2014 hatte die Berliner CDU gefordert, dass es staatliche Hilfe beim Schutz gegen Wohnungs- und Hauseinbruch für Privatteilhaber geben soll. Zuvor konnten nur Gewerbetreibende von

stattet, wenn diese 500 € überschreiten. Wird also eine Wohnungstür mit einem Stangenschloss gegen Aufbrechen und einer Metallplatte gegen Eintreten gesichert und kosten diese Maßnahmen 600 €, erhält man 120 € vom Staat dazu.

Übrigens ergab kürzlich eine Umfrage, dass zahlreiche Berlinerinnen und Berliner ihre Wohnungstür häufig nur ins Schloss ziehen, ohne abzuschließen. Eine Nachlässigkeit, die es Einbrechern unnötig leicht macht.

Für weitere Fragen zur finanziellen Unterstützung



des Einbruchschutzes können Sie mir gerne eine E-Mail mit dem Stichwort „Eigentumschutz“ schreiben:

klaus-dieter.groehler@bundestag.de
oder Sie rufen an unter
030 / 227 77805.

„Das ist ein wichtiger staatlicher Anreiz für Bürgerinnen und Bürger, ihre Wohnungen besser zu schützen. Damit kann die Einbruchskriminalität wirksam eingedämmt werden.“

(Klaus-Dieter Gröhler, MdB)

der steuerlichen Absetzbarkeit profitieren. Dies soll sich nun ändern.

Den Kostenzuschuss können Mieter oder Eigentümer beantragen. Sie erhalten dann 20% der Kosten er-

ERÖFFNUNG DES 2. CAFÉ WAHLKREIS

**BUNDESTAGSABGEORDNETER KLAUS-DIETER GRÖHLER BEGRÜSST
FRAKTIONSVORSITZENDE SUSANNE KLOSE**

Am letzten Freitag im August war die Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf Susanne Klose mit zahlreichen weiteren Mitgliedern der Fraktion zu Gast bei der Eröffnung des 2. Café Wahlkreis des Bundestagsabgeordneten Klaus-Dieter Gröhler.

Dazu Susanne Klose:

Ich freue mich, dass es nun auch im Charlottenburger Teil unseres Bezirkes für die Bürgerinnen und Bürger einen weiteren Ort gibt, an dem sie mit ihrem Bundestagsabgeordneten ins Gespräch kommen, sich informieren und ihre Anliegen vortragen können.

Das 1. Café Wahlkreis im Wilmersdorfer Teil hat gezeigt, dass in den Gesprä-

chen und Diskussionen es oft um die Belange vor Ort geht und auf einem kurzen Weg der Kontakt zu den Bezirkspolitikern vermittelt werden konnte.

Ich wünsche uns allen, dass auch

dieses Café zu einem Ort der Begegnung, der Kommunikation und des gegenseitigen Austauschs wird.



PACK DIE BADEHOSE EIN ...

INFORMATIONEN ZUM SCHWIMMBAD IN DER REINFELDER SCHULE

Gerade in diesem warmen Sommer zieht es viele Menschen in unsere Schwimmbäder oder ans Wasser in freier Natur. Umso wichtiger ist es, das alle diejenigen, die im feuchten Nass Erfrischung suchen, auch schwimmen können. Leider müssen wir mit Erschrecken feststellen, dass immer weniger Menschen, insbesondere Kinder, dies können.

In diesem Zusammenhang ist es für viele unverständlich, dass das Schwimmbad in der Reinfelder Schule geschlossen werden musste und damit auch die beliebte private Schwimmschule des Herrn Hügli ihr Domizil verlor.

Was war geschehen? Das Schwimmbad wurde zusammen mit der Schule gebaut und ist mit ihr in die Jahre gekommen und marode. Inzwischen handelt es sich dabei nicht mehr um

kleinere Reparaturen, sondern um eine Komplettanierung, die für einen Weiterbetrieb zwingend anstehen würde – und um ein Kostenvolumen von mindestens 700.000 €.

Sowohl die Technik, als auch das Becken selber und vor allem der Hubboden müssen dringend erneuert werden. Anders ist ein Weiterbetrieb von niemandem zu verantworten. Heute würde wohl angesichts der hohen Folgekosten niemand mehr solche Schwimmhallen in Schulen bauen, zumal es sich dabei zwar um ein sicherlich wünschenswertes und sinnvolles, nicht aber für den Schulbetrieb zwingend notwendiges Angebot handelt – anders als bei den kleineren Therapiebecken in Schulen für mehrfach (körper-)behinderte Kinder.

Das benötigte Geld aber fehlt angesichts der enor-

men Sanierungsbedarfe aller Schulen im Bezirk.

Für ca. 50 Schulen im Bezirk standen an Mitteln aus baulicher Unterhaltung seit 2010 jährlich zwischen 5 und 7 Millionen insgesamt zur Verfügung – dazu kommen noch Mittel aus verschiedenen Sonderprogrammen.

Es galt also eine Entscheidung zu treffen, wo der Bedarf am größten ist – und da gibt es insbesondere die Sanitärbereiche in vielen Schulen, die in schlechtem Zustand und dringend reparaturbedürftig sind. Dies ist bei – allem Verständnis für die Schwimmbad-Sympathisanten – vorrangig. So fiel auch die Entscheidung der zuständigen Fachabteilung Jugend, Familie, Schule, Sport und Umwelt aus – und das bereits 2013.

Ob und warum diese Information offensichtlich nicht bei den Betroffenen

angekommen ist, lässt sich im Nachhinein nicht mehr klären. Fakt aber ist, dass der Schwimmbad-Betreiber schon seit längerem über die Planungen Bescheid wusste damit er sich entsprechend darauf einstellen konnte. Allerdings wurde seitens der verantwortlichen Fachabteilung Jugend ... auch versäumt, evtl. mögliche Alternativen zu prüfen – z.B. die Vergabe des Schwimmbads an private Betreiber / Vereine mit langfristigen Pachtverträgen bei Übernahme der Sanierungskosten – auch weil dafür möglicherweise andere Drittmittel oder Zuschüsse zur Verfügung stehen als für die öffentliche Hand. Das ist mehr als ärgerlich, denn hier wurde kostbare Zeit vertan, um vielleicht doch noch eine gute Lösung für das Problem zu finden.

In Vertretung für die erkrankte eigentlich zuständige Fachstadträtin sagte Bezirksstadträtin Dagmar König in Übereinstimmung mit dem gesamten Bezirkssamt den Beteiligten zu, bis Jahresende keine Baumaßnahmen zu veranlassen, die einen Weiterbetrieb des Schwimmbades unmöglich machen würden. Damit ist noch einmal ein Zeitfenster eröffnet worden, um in Gespräche mit potentiellen Betreibern eintreten zu können.

Unser kostenfreies Angebot an Sie:

- Orientierungskurs bei der Entscheidung eine Pflege zu übernehmen
- Darstellung des Krankheitsbildes und Umgang mit Demenzerkrankten, Validationseinführung
- Darstellung des Krankheitsbildes und Umgang mit Multiple Sklerose
- Darstellung des Krankheitsbildes und Umgang mit Parkinson Erkrankten
- Darstellung des Krankheitsbildes und Umgang mit Schlaganfall Erkrankten
- Sterbebegleitung
- Pflegeberatung in der Häuslichkeit
- Pflegekurs mit einem allgemeinen Einblick in die Pflegesituation, im Rahmen von 15 Doppelstunden
- Rückenschulung unter dem Aspekt, Heben, Tragen und Lagern in der Pflegesituation

Die Kurstermine und Veranstaltungsorte erfragen Sie bitte bei PREMIO



Pflege
Ressourcen
Management
Information

Christine Schmidt
Großbeerenstr. 15
10963 Berlin

Tel. (030) 693 21 64

Mobil (0171) 19 19 811
im Internet: www.premioberlin.de

DAS ICC – UND NOCH IMMER KEIN ENDE IN SICHT

Bereits des Öfteren hatten wir an verschiedenen Stellen über die unendliche Leidensgeschichte des ICC berichtet. Aufgrund des Umstandes, dass nunmehr wieder einen Artikel zum ICC erscheint, können Sie entnehmen, dass das Thema noch immer aktuell ist.

Anfang des Jahres hatte sich der neue Regierende Bürgermeister urplötzlich des Themas ICC angenommen und erklärt, die Angelegenheit nunmehr zur Chefsache machen zu wollen. Doch geschehen ist seit dieser Ankündigung von Herrn Müller wieder einmal nichts. Um ehrlich zu sein, hatten wir als CDU-Fraktion von Herrn Müller auch nichts anderes erwartet, da das Thema ICC für ihn ja nicht neu war. Schon während seiner Zeit als Stadtentwicklungssenator und SPD-Landesvorsitzender war ihm das drohende Siechtum des ICC nur zu gut bekannt. Schon damals hatte Herr Müller entweder kein wirkliches Interesse an einem Weiterbetrieb des ICC als Messestandort oder es fehlte ihm schlicht die politische Kraft und Stärke, das ICC vor der drohenden Bedeutungslosigkeit zu bewahren. Wahrscheinlich ist beides der Fall. Denn jetzt, wo Herr Müller in die Rolle des Regierungschefs geschlüpft ist, sollte er zumindest die politische Durchsetzungskraft haben, die Messesgesellschaft anzuweisen, das ICC weiter als Messe- und Kongressstandort zu betreiben. Da allerdings ein solches Machtwort von Herrn Müller nicht zu hören ist, außer den oben bereits angesprochenen Lippenbekenntnissen, ist zu befürchten, dass auch dieser Regierende Bürgermeister gar kein wirkliches Interesse am ICC hat.

Um einen weitergehenden stadtentwicklungspolitischen Schaden vom Bezirk und der ganzen Stadt zu vermeiden, ist es wichtig, dass es nun sehr schnell zu einem Bekenntnis des Senats für das ICC kommt. Und zwar nicht als Nutzungsstandort für sozialdemokratische Hirngespinnste, wie einer Zentral- und Landesbibliothek, oder einem Shoppingcenter. All dies ist ausgemachter Unfug! Das ICC wurde für als Messe- und Kongressstandort entworfen und so sollte es auch zukünftig genutzt werden.

Entstanden ist das gesamte Dilemma noch zu Zeiten des rot/roten Senats, als ein kommunistischer Wirtschaftssenator namens Harald Wolf, der zum Glück zwischenzeitlich nur noch politische Geschichte ist, angefangen hatte, das ICC konsequent schlecht zu reden und seinen Bestand in Frage zu stellen.

Das ICC wurde zuvor über Jahre hinweg immer wieder mit dem begehrten World Trade Award als weltweit führendes Konferenzzentrum ausgezeichnet. Damit hatte es das ICC geschafft, die Konkurrenz aus Hongkong, Chicago, London, Dubai oder Las Vegas hinter sich zu lassen. All das konnte den damaligen rot/roten Senat aber offensichtlich nicht dazu bewegen, die Messe Berlin - deren hundertprozentiger Eigentümer das Land Berlin ist - anzuweisen, das ICC auch weiterhin als Messestandort zu nutzen.

Stattdessen wurde dem völlig überflüssigen Drängen der Messe Berlin entsprochen, die Deutschlandhalle (trotz bestehenden Denkmalschutzes!) abreißen zu dürfen, um dort einen gesichtslosen Messewürfel, hochtrabend „City-Cube“ genannt, hinzusetzen.

Obwohl der „City-Cube“ zwischenzeitlich fertig und in Betrieb ist, ist das ICC dadurch noch längst nicht überflüssig geworden. Schließlich jammert doch die Messe Berlin am laufenden Band, sie bräuchte neue Messe- und Kongressflächen. Wozu braucht man

und

- das ICC abschließend der Messe Berlin zum Messe- und Kongressbetrieb wieder zurückzugeben und
- die Messe Berlin zu verpflichten, das Gebäude durch regelmäßige Investitionen instand zu halten.

Das ICC ist ein markantes Gebäude. Sicherlich kann man über die Schönheit des ICC trefflich streiten. Fest steht aber, dass der Baukörper an sich mittlerweile zu den stadtbildprägendsten Gebäuden Berlins zählt. Ein solches Gebäude hat es nicht verdient, als Ruine zu verkommen, um dann zum Schluss abgerissen zu werden. Dabei würde auch ganz außer Acht bleiben,



also weitere teure Neubauten, wie sie die Messe Berlin gerne hätte, wenn das ICC weiter genutzt werden kann.

Deshalb fordert die CDU-Fraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf den Senat, unter Führung des Regierenden Bürgermeisters Müller, auch weiterhin auf:

- schnellstmöglich eine vernünftige Kostenschätzung für die Sanierung des Gebäudes vorzulegen, anschließend
- unverzüglich mit der baulichen Sanierung und Modernisierung zu beginnen

dass das ICC vor beinahe 30 Jahren ja nicht zum Nulltarif errichtet wurde. Der Bau hat seinerzeit schließlich gut eine Milliarde DM verschlungen. Dieses Geld wäre bei einem (ebenfalls ja nicht kostenlos umzusetzenden) Abriss des ICC unwiederbringlich verloren. Das kann und darf nicht sein!

Denn was der Bezirk an dieser Stelle überhaupt nicht gebrauchen kann, ist ein jahrelanger Lehrstand des ICC und ein Verkümmern und Verrotten eines der zentralen Eingangsreiche in die City-West.



GRÜNANLAGE ODER EINFACH NUR FLÄCHE?

Diese Frage stellen sich viele Bürgerinnen und Bürger, die in den Grünanlagen des Bezirks Erholung suchen. Etliche Anlagen leiden un-

Die „Marktnutzung“ des Preußenparks erstreckt sich über die gesamte Wiese und lässt andere Nutzungen weder vom Platz noch vom Zustand der Wiese her zu.

UNTERSTÜTZEN SIE DIE AKTION „FÜR EIN SCHÖNES BERLIN“ UND HELFEN SIE MIT BEIM REINIGEN UNSERER PLÄTZE UND SPORTANLAGEN

Am 18.09.15 ab 18:30 Uhr auf der Wally-Wittmann-Sportanlage des SCC in der Waldschulallee gemeinsam mit unserem Kreisvorsitzenden Andreas Statzkowski und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Karsten Sell

Am 19.09.15 um 15:00 Uhr in Charlottenburg - Nord am Mierendorffplatz gemeinsam mit der Bezirksverordnetenvorsteherin Judith Stückler, dem Mitglied der CDU-Fraktion Helmut Süß und dem Abgeordneten Joachim Krüger.

ter mangelnder Pflege, da der Bezirk dafür weder genügend Geld noch Personal hat, in anderen Grünanlagen wie dem Preußenpark kommen noch spezielle Entwicklungen hinzu, die eine Nutzung im Sinne einer Grünanlage unmöglich machen.

der CDU-Fraktion dies zwar nicht in Ordnung, sieht aber keine Möglichkeit einzuschreiten und nimmt den Zustand hin. Andere Fraktionen wie Grüne und Piraten werfen der CDU vor hier, Kultur zerstören zu wollen. Um es klar zu sagen, wir haben nichts gegen

das Treffen verschiedener Kulturen in einem Park und einem Miteinander. Dies heißt aber nicht, dass ein illegales Markttreiben geduldet werden kann und darf auch nicht dazu führen, dass Grünflächen zerstört werden und andere Nutzergruppen vom Parkbesuch ausgeschlossen werden. Ebenso wenig können wir es uns bei den knappen Ressourcen leisten, dass ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger Anlagen nicht säubern können, da dies schlichtweg gefährlich und unzumutbar ist. Dies beispielsweise durch Glasscherben,

Drogenuntersilien und andere unappetitliche Hinterlassenschaften.

Wir erwarten von dem zuständigen Stadtrat ein Konzept wie die Probleme angegangen werden sollen und Unterstützung von der Landesebene. Die CDU-Fraktion des Landes hat hierzu auf ihrer letzten Klausurtagung eindeutige Beschlüsse gefasst: Personelle Aufstockung der Ordnungsämter mit entsprechenden Kompetenzen, Erhöhung der Mittel für die Grünflächenpflege, eine neue Aufteilung von Pflege und Reinigung, um nur einige Beispiele zu nennen.

Einfach mit Kindern über die Wiese laufen, Ball spielen o.ä. ist hier durch die unsachgemäße Nutzung nicht mehr möglich. Der zuständige Stadtrat Schulte (SPD) findet auf Anfrage



Der Vorsorgeberater seit 1827

KFZ-Versicherung

Es ist bald soweit!

Wechseln Sie zum 01.01.2016 mit Ihrem Fahrzeug zur preiswerten HUK-COBURG mit Rundum-Service incl. Schutzbrief.

Alle Formalitäten werden für Sie erledigt.

Ihr Ansprechpartner - VPV - Generalagentur

Thomas Howitz - Tel. 030 / 30 10 99 56

SO ERREICHEN SIE UNS

CDU – Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100 • 10585 Berlin • Raum 229a
Tel.: 030 / 90 29-14906
Fax 030 / 9029 -14904
eMail: info@cdu-fraktion-charlottenburg-wilmersdorf.de
Internet: www.cdu-fraktion-charlottenburg-wilmersdorf.de

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. CDU-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf,
Susanne Klose, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Auflage: 50.000
Redaktion: Susanne Klose, Arne Herz, Ariturel Hack
Fotos: CDU-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf,
Layout: Martin Bahr | Bild & Gestaltung | www.piqx.de